bnr.de
blick nach rechts

24. Jahrgang | 12 | 08. Juni 2007

Rechte Szene 2

„Saubermänner“
Die „Bürgerbewegung pro Köln“ erhält Unterstützung aus den Reihen von NPD und Neonazis.

Rechtsextreme Kinderfänger
Die „Heimattreue Deutsche Jugend“ veranstaltet völkische Freizeitlager für Kinder und Jugendliche und übt mit ihnen militärischen Drill.

Braune Barden
Veranstaltungen der NPD werden gerne mit rechtsextremen Liedermachern garniert.

Ausland 6

Rückkehr der Kapuzenmänner
Der Ku Klux Klan orientiert sich zusehends hin zur Neonaziszene in der USA.

Verfassungsschutz 7

Ansteigende Gewalt
Der niedersächsische Innenminister warnt vor einem Erstarken der NPD – Neonazis wollen „Teil der bürgerlichen Gesellschaft“ sein.

Flächendeckende Strukturen
Die NPD hat sich in Sachsen regional verfestigt.

Demokratische Initiativen 8

Die NPD führt das Zepter
73 Seiten Aufklärung für Norddeutschland.

Nicht immun gegen Rechts
Politikwissenschaftler empfehlen zivilgesellschaftliches Engagement auch innerhalb der Gewerkschaften.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Der „Generalplan Ost“
Das NS-Regime wollte die osteuropäische Bevölkerung in gigantischem Umfang vertreiben.

Meldungen 11

Rechte Szene

„Saubermänner"

Die „Bürgerbewegung pro Köln" erhält Unterstützung aus den Reihen von NPD und Neonazis.

Was unternimmt man als Rechtsextremist, um nicht auf den ersten Blick als solcher erkennbar zu sein? Man betitelt beispielsweise Kapitel des eigenen Wahlprogramms mit Formulierungen wie: „Für ein freies, weltoffenes und tolerantes Köln!" Oder man beschimpft Politiker, die dem rechtsradikalen Treiben Grenzen setzen wollen, seinerseits als „Nazi" und andere Gegner als „SA-Hilfstruppen". Die Zitate stammen von der „Bürgerbewegung pro Köln", die sich um ein sauberes Image bemüht, dabei aber immer wieder an Grenzen stößt.

Zuletzt Ende Mai vor dem nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgericht in Münster. „Pro Köln" hatte das höchste Gericht in NRW angerufen, um gegen die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht des Landes vorzugehen. Doch die Münsteraner Richter werteten die Aufnahme der Rechtsaußen-Gruppierung im VS-Bericht als rechtmäßig. Damit sah sich das Düsseldorfer Innenministerium in seiner Einschätzung bestätigt, dass „pro Köln" „auf Grund seiner allgemeinen und pauschalen Diffamierung von Ausländern in Verdacht steht, gegen die Menschenwürde zu verstoßen". NRW-Innenminister Ingo Wolf kündigte an: „Insbesondere die kooperativen Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Parteien und Organisationen werden wir ganz genau registrieren."

Eine Gelegenheit dafür könnte sich schon bald bieten. Für den 16. Juni planen „pro Köln" und die mit ihr verbandelte „Ehrenfelder Anwohnerinitiative gegen die Großmoschee" eine Demonstration gegen den von der „Türkisch-Islamischen Union" (DITIB) geplanten Bau einer Moschee im Stadtteil Ehrenfeld. Mit dabei sein wird bei der Demonstration die belgische Rechtsaußen-Partei „Vlaams Belang" (VB). Sie will zwei Reisebusse mit Demonstranten an den Rhein schicken. Der VB-Funktionär Bart Debie, ein früherer Polizeibeamter, der laut „pro Köln" „in seiner flämischen Heimat als Streiter gegen Islamisierung und Überfremdung bekannt" ist, soll bei der Abschlusskundgebung als einer der Redner auftreten. Debie ist im April in seiner Heimat wegen Körperverletzung im Amt und Fälschung von Vernehmungsprotokollen zu drei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt worden.

Mit dabei sein könnten auch manche deutschen Rechtsextremisten, von denen sich „pro Köln" ansonsten verbal abzugrenzen pflegt. Für die Demonstration wird unter anderem auf der Internetseite des neonazistischen „Freien Widerstandes" geworben. Ihre Unterstützung erklärte zudem die nordrhein-westfälische NPD: „Auch wenn die NPD nicht mit allen Zielen von ‚pro Köln' übereinstimmt und sich konsequentere Äußerungen und Aktionen von ‚pro Köln' wünschen würde, ist diese Demonstration zu unterstützen." Die Jungen Nationaldemokraten mögen ebenfalls nicht abseits stehen. Deren kommissarische Landesleitung distanzierte sich zwar von „pro Köln" – man stehe „nicht auf der selben Ebene" wie die Kölner „Bürgerbewegung" –, es gehe aber immerhin um den Einsatz „gegen die Islamisierung Europas". Die „etablierten Politiker" sollten sich „lieber über Jugendzentren Gedanken machen, anstatt dem Mehmet von nebenan ein neues Gebetshaus zu errichten", meint der NPD-Nachwuchs. Sogar Thomas Brehl vom „Kampfbund Deutscher Sozialisten" (KDS) lässt Sympathien erkennen: Der „pro Köln"-Vorsitzende Markus Beisicht, im Hauptberuf Rechtsanwalt, habe schließlich NPD-Landesvize Claus Cremer und den KDS-Funktionär Axel Reitz wegen deren Reden bei einer Demonstration gegen den Bau einer Synagoge verurteilt: „Man kennt sich also recht gut...".

Bei solchen Unterstützern scheint den „Saubermännern" von „pro Köln" und ihrem Umfeld etwas mulmig zu werden. Die Versammlungsleitung ließ schon einmal wissen, bei der Demonstration am 16. Juni handele es sich bis zur Abschlusskundgebung um einen „Schweigemarsch": „Parolen und Sprechgesänge sind daher auf der Marschstrecke nicht erwünscht." Da die „überparteiliche Anwohnerinitiative" die Demonstration angemeldet habe, werde auch Werbung für Parteien nicht geduldet. Und schließlich bittet man noch um ein „seriöses und bürgernahes Auftreten". Zwar freue man sich „über jede positive Reaktion auf unsere geplante Demonstration". Künftige Wahlchancen sollen aber nicht durch Skinheads, „autonome" Neonazis oder NPD-Fahnen in Gefahr gebracht werden.

Tomas Sager

Rechtsextreme Kinderfänger

Die „Heimattreue Deutsche Jugend" veranstaltet völkische Freizeitlager für Kinder und Jugendliche und übt mit ihnen militärischen Drill.

Viele Hunderte von Schulkindern und jungen Erwachsenen schlüpfen seit Jahren Wochenende für Wochenende in ihre dunkelblaue HDJ-Kluft, tauschen Kinderzimmer mit weißen Jurten und tauchen in eine konspirative völkisch-nationalistische Parallelwelt ab. Allein in diesem Jahr plant die rechtsextreme Jugendorganisation bundesweit über 25 Zeltlager, Seminare, Märsche und einschlägige Feiern. Die Ziele der HDJ formulierte der frühere Bundesführer Alexander Scholz so: „Wir verpflichten uns Deutschland, indem wir geistige und körperliche Wehrhaftigkeit ausbilden". Dafür erziehen HDJ-Funktionäre wie der jetzige Bundesführer Sebastian Räbiger aus Reichenwalde Jugendliche mit Themen wie Menschenführung, Rhetorik oder Lagersicherheit. Streng getrennt nach Geschlechtern werden die jungen Leute in völkischer Kleidung geschult und trainiert. Frühsport, 150-Kilometer-Märsche mit Gepäck und eine so genannte „Mutprobe" gehören zum Programm der Lager.

Die Heimattreue Deutsche Jugend – Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V. existiert unter diesem Namen als eingetragener Verein beim Amtsgericht in Kiel seit sieben Jahren. Ihre Wurzeln sieht sie offiziell im Bund Heimattreuer Jugend beziehungsweise in der weit weniger bekannten Organisation Die Heimattreue Jugend. Aus taktischen Gründen versucht die HDJ insbesondere, bestehende Kontinuitäten zur 1994 verbotenen Wiking-Jugend zu verschweigen, denn im Erlass des Bundesinnenministeriums hieß es damals ausdrücklich: „Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die Wiking-Jugend zu bilden."

Doch genau darum scheint es sich bei der HDJ zu handeln: um einen Ersatz der Wiking-Jugend (WJ). Experte Günther Frankenberg von der Goethe-Universität in Frankfurt bestätigte gegenüber dem ARD-Magazin „panorama", die HDJ sei aus seiner Sicht „eine Ersatzorganisation für die Wiking-Jugend". Dem anerkannten Juristen ist unverständlich, warum das Bundesinnenministerium „in diesem Fall nicht handelt". Die Aussteigerin Tanja P. schickte zwei ihrer Kinder in HDJ-Lager und urteilt heute im Fernseh-Interview: „Die Kinder werden dort vorbereitet auf den zu erwartenden Straßenkampf, auf Demonstrationen. Und in diesem Sinne, im Sinne des Dritten Reiches, werden sie mit dieser Ideologie herangezogen."

Zahlreiche Aktivisten und Funktionäre der NPD bei der HDJ

Tatsächlich beobachten nur drei der insgesamt 16 Landesämter für Verfassungsschutz die Aktivitäten der rechten Kinderfänger. Im Fall des aktuellem Berichts Mecklenburg-Vorpommern kann kaum von einer ernsthaften Warnung gesprochen werden, denn im Text wird nur von „sportlichen Aktivitäten und Spielen" und davon, dass „mit Fanfaren und Trommeln musiziert" wird, gesprochen. Immerhin ist den Schlapphüten in Schwerin aufgefallen, dass „zahlreiche Funktionäre und Aktivisten aus der NPD" in der HDJ „mitwirken" und Einfluss nehmen. Tatsächlich sind auffällig viele aus der Führungsriege der NPD in Mecklenburg-Vorpommern in der HDJ-„Einheit Mecklenburg und Pommern" gezählt. Einzig die Verfassungsschützer in Berlin und Brandenburg warnen seit Jahren vor den Aktivitäten der HDJ, dort heißt es unter anderem: „Ähnlich wie bei der seit 1994 verbotenen Wiking-Jugend zielt das Lebensbund-Konzept der HDJ darauf ab, ein rechtsextremistisches lebensweltliches Freizeitangebot für die ganze Familie zu bieten."

Viele Funktionäre, die heute innerhalb der HDJ Kinder und Jugendliche schulen, waren schon in der Wiking-Jugend aktiv. Bundesführer Sebastian Räbiger war 1994 Gauführer Sachsen der WJ. Zur Zeit läuft gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung bei der Staatsanwaltschaft Potsdam. In der Vereinszeitung „Flunkenflug" appelliert Räbiger an die Kinder: „Wenn für Dich Dein Volk alles ist und Du bereit bist, für das, was du liebst, aufzustehen, alles zu wagen und zu kämpfen, dann ist Dein Platz bei uns!"

1952 wurde die Wiking-Jugend von der Familie Nahrath, damals in Wilhelmshaven, später in Stolberg bei Aachen, angeführt. Bis zum Verbot blieb das Zepter in der Sippe. Dirk Nahrath aus Miltenberg, früher „Gauführer Franken" der WJ, gehört zu den führenden Aktivisten der HDJ-„Einheit Franken". Wolfram Nahrath, der letzte Bundesführer der WJ, hält sich bei der HDJ eher im Hintergrund. Dennoch scheint er wichtige Fäden zu zie-

hen, so gehört er zu den Organisatoren des alljährlichen „Märkischen Kulturtages“ der HDJ und anderer Gruppen. Auch Nahraths Schwager Manfred Börm aus Handorf, NPD-Bundesvorstandsmitglied und Leiter des Ordnerdienstes, war als „Gauführer Nordmark“ bei der WJ. Jetzt ist die Familie des vorbestraften Politakteurs in der „Einheit Niedersachsen“ aktiv. Sohn und Tochter organisierten kürzlich einen Besuch des Salzmuseums in Lüneburg in Kluft mit HDJ-Fahne. Auch die HDJ- und NPD-Aktivisten Stefan Köster, Andreas Theissen und Eric Kaden aus Dresden waren Anhänger der WJ. Neben ihnen marschierte der heutige NPD-Fraktionsvorsitzende im Schweriner Landtag, Udo Pastörs, der gern Werbung für die HDJ macht.

Nicht nur personell, auch inhaltlich drängen sich zahlreiche Parallelen zwischen Wiking-Jugend und HDJ auf. So ist die HDJ nicht weniger kämpferisch, im „Funkenflug“ hieß es 2005 unter anderem: „Wir brauchen eine Jugend, die hart ist. (…) Wir brauchen Kämpfer von fanatischer Besessenheit und zäher Ausdauer“. In der Vereinszeitung wird die Taktik preisgegeben: „Wenn unsere Jugend wieder zur Bewegung werden soll, um einst das Ruder herumzureißen, dann muss sie in die Mitte des Volkes hinein…“. „Mein Glaube ist der Kampf“ gilt als eine der Parolen der HDJ. Ebenso wie die WJ idealisiert die HDJ die Hitler-Jugend, verehrt NS-Größen. „Die letzten Reste des großen Traumes gingen 1945 in den Trümmern der Reichshauptstadt unter“, heißt es im „Funkenflug“. Zwei Jahre lang versuchte die HDJ, die verbotene Odalrune als Vereinszeichen juristisch einzufordern, ohne Erfolg. Die Rune war nicht nur Symbol der WJ, sondern auch der Hitler-Jugend. Manfred Börm hat sie sich aus Trotz gleich ins Haus eingemauert. Obwohl von der Straße gut sichtbar, wurde der Bauunternehmer bisher nicht belangt.

Ähnlich wie die WJ verwendet die HDJ Abzeichen wie den Adler mit ausgebreiteter Schwinge, Rangabzeichen wie Pfeifenschnüre in verschiedenen Farben sowie Ansprachen wie „Heil Dir!“. Vorbilder werden zumeist aus der NS-Zeit zitiert, so die BDM-Führerin und überzeugte Nationalsozialistin Jutta Rüdiger, der ehemalige SS-Sturmbannführer Erich Kern, Hitlers Lieblingspilotin Hanna Reitsch oder der SS-Dichter Kurt Eggers. Die HDJ pflegt bei allem Pfadfinder-Habitus auch einen militärischen Charakter. So wird von der Ostsee bis nach Franken allerorts Marschieren, Exerzieren und Strammstehen mit Kindern und Jugendlichen geübt. Bei Fackelschein schwören sie Treue, ehren deutsche Wehrmachtssoldaten und auch Angehörige der verbrecherischen Waffen-SS.

„Paramilitärisches Sommercamp“

Ein besonders militanter Ableger der HDJ zeigte sich im Nordwesten Niedersachsens. Als 200 Beamte Ende April über 20 Wohnungen von NPD-Aktivisten durchsuchten, fanden sie ein reichhaltiges Waffenarsenal, darunter nicht funktionsfähiges Kriegsgerät. Ausschlaggebend für die Razzia waren Fotos, die im Herbst 2006 bei Angehörigen der „Freien Nationalisten Vechta“ um den Neonazi Christian Fischer sichergestellt worden waren. Die Fotos dokumentierten ein „paramilitärisches Sommercamp“ der Neonazis in Wilsum an der holländischen Grenze, dort waren auch Scheinhinrichtungen nachgestellt worden. Unter dem Motto „Leben ist Kampf“ hatten neben anderen die beiden HDJ-Aktivisten Christian Fischer und Christian von Velsen an diesem Lager teilgenommen, dessen Ziel es sei: „jungen Nationalisten neue Kraft“ zu geben, „um sich dem maroden System der BRD weiterhin entgegen zu stellen“. Auf dem Stundenplan standen Frühsport, völkische Lieder, Schulungen, Überleben in der freien Natur, ein Nachtmarsch, eine Morgenfeier bei der die Fahne „feierlich gehisst“ wird sowie Spiele für den „Kampfgeist“. Die Staatsanwaltschaft Osnabrück ermittelt gegen die 25 Teilnehmer des rechten Camps wegen Bildung bewaffneter Gruppen.

Rund zwei Wochen nach diesem Wehrsportlager halfen die HDJ-ler von Velsen und Fischer, rund 80 Kinder und Jugendliche beim Sommerlager in Fromhausen bei Detmold völkisch auf Trab zu bringen. Die Szenekennerin Tanja P. weist auf die Gefahr hin, dass diese Kinder durch Druck und Drill der HDJ „irgendwann zwangsweise explodieren“ müssten. Experte Frankenberg beklagt gegenüber der ARD, es könne doch nicht angehen, dass „wir überall in der Schule, im Kindergarten, aufpassen, wer unsere Kinder erzieht“, aber, so Frankenberg, dann treten „im Freizeitbereich Leute auf, die Straftaten begangen haben, sich immer noch dazu bekennen“ – und Fazit: die schulen dann jahrelang ungehindert Hunderte von Kindern.

Andrea Röpke

Braune Barden

Veranstaltungen der NPD werden gerne mit rechtsextremen Liedermachern garniert.

Erkenntnissen der Bundesregierung (Drucksache 16/1009) zufolge sind derzeit 26 rechtsextreme Liedermacher in Deutschland aktiv. Musik sei weiterhin „ein wichtiger Identifikations- und Mobilisierungsfaktor und wird von Rechtsextremisten genutzt, um Jugendliche für entsprechende Veranstaltungen und Gruppierungen zu interessieren.“, betont die Bundesregierung. Für Kameradschaftsabende oder Parteiveranstaltungen werden auch gerne Liedermacher zur musikalischen Umrahmung eingeladen. Diese stellen, so das thüringische Landesamt für Verfassungsschutz, „infolge des vergleichsweise geringen logistischen Aufwands zumindest für kleinere, oft regional begrenzte Veranstaltungen eine vielversprechende Alternative zu Skinheadkonzerten dar“.

Einschlägig bekannt ist der rechtsextreme Liedermacher Frank Rennicke, der im Bundestagswahlkampf 2005 auf der rheinland-pfälzischen NPD-Landesliste kandidierte. Rennicke, rechtskräftig wegen Volksverhetzung vorbestraft, hat bislang rund 20 eigene Tonträger herausgebracht sowie bei verschiedenen Samplern mitgewirkt.

Bundesweit tritt bei Veranstaltungen der rechtsextremen Szene das eng mit der NPD verbundene Ehepaar Michael und Annett Müller, das unlängst seinen Wohnsitz nach Niedersachsen in den Harz verlegte, auf. Annett Müller, so urteilt der niedersächsische Verfassungsschutz, „pflegt in ihren Liedern das bereits von den Nationalsozialisten verbreitete Frauenbild der treuen Gefährtin und Mutter“. Die erste CD von Annett Müller erschien 2001 unter dem Titel „Eine deutsche Mutter klagt an“ beim NPD-nahen Deutsche Stimme Verlag. Michael Müller trug bei Versammlungen von JN- und NPD-Mitgliedern am 14. Oktober 1998 und 3. Januar 1999 ein Lied vor, worin es unter anderem hieß: „Bei 6 Millionen Juden, da fängt der Spaß erst an, bei 6 Millionen Juden, da ist der Ofen an, ... wir haben reichlich Zyklon B ...“. Auf seiner Homepage „www.dernatofeind.de“ gibt Müller kund, dass man mit Musik „eine richtig gut funktionierende Propagandamaschinerie aufbauen“ könne: „Dass das klappt, sieht man daran, wie sich der Staat die Maske von der Fratze reißt und wie gegen nationale Musik mobil gemacht wird.“ Annett und Michael Müller bestritten den „Rechtsrock“-Teil der CD „Stolz und frei“, den die DVU anlässlich der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 26. März 2006 herausbrachte.

Der NPD-Spitzenfunktionär Jörg Hähnel ist in der rechtsextremen Szene ebenfalls als Barde bundesweit bekannt. Hähnel, NPD-Bundesvorstandsmitglied und zugleich Bezirksverordneter in Berlin-Lichtenberg, lieferte Anfang Mai Schlagzeilen, als er mit einem Schlagstock das Schweriner Parlamentsgebäude betreten wollte. Auch ein weiterer NPD-Funktionär ist gleichzeitig Liedermacher: Martin Rocktäschel, zeitweilig thüringisches NPD-Landesvorstandsmitglied.

Unter dem Namen „Edei“ ist der bayerische Liedermacher Manfred Edelmann, zugleich Bassist bei „Kraftschlag“, in rechtsextremen Kreisen zugange. „Edei“ gestaltete den musikalischen Rahmen beim baden-württembergischen Landeskongress der Jungen Nationaldemokraten am 4. November 2006. Einer der größten Auftritte von Robert Stange (alias „Julmond“) war eine Saalveranstaltung Freier Kräfte am 23. November 2002 in Ostthüringen.

Auch zahlreiche unbekanntere Barden greifen für NPD und Co in die Saiten. Maximilian Lemke spielte unter anderem am 28. Mai 2005 beim „4. Thüringentag der nationalen Jugend“ in Weimar auf. Seine musikalischen Künste konnte Heiko Ress am 11. März 2006 bei der Gründung des sachsen-anhaltinischen NPD-Kreisverbandes Wolfen-Anhalt-Dessau zeigen. Tobias Herschel sorgte für die musikalische Umrahmung der Sitzung des NPD-Kreisverbandes Aue-Schwarzenberg am 2. Juli 2005. Beim „Tag der Ehre“ am 11. März 2006 im brandenburgischen Halbe musizierte Martin Krause.

Als Liedermacher wird seit Jahren in rechtsextremen Kreisen, auch bei der NPD, der in Niedersachsen lebende Friedrich Baunack geschätzt. „Das Besondere, das Eigene“ von Baunack ist nach Einschätzung der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, dass „im Gegensatz zu seinen rein politisch-weltanschaulich gestimmten Sangeskollegen“ in „seinen Liedern der Unterton des verbitterten gesellschaftlichen Verlierers keinen Platz findet“.

Anton Maegerle

Ausland

Rückkehr der Kapuzenmänner

Der Ku Klux Klan orientiert sich zusehends hin zur Neonaziszene in der USA.

Nach längerer Schwächeperiode befindet sich der Ku Klux Klan (KKK), die älteste rechtsextreme Gruppierung der USA, seit einiger Zeit wieder deutlich im Aufwind. Einheimische Bürgerrechtsgruppen registrierten im Jahr 2006 verstärkte Aktivitäten des Klans im gesamten US-Bundesgebiet, verbunden mit dem Ausbau von organisatorischer Infrastruktur und Rekrutierungsinitiativen. Hauptmotor der unerwarteten Frischzellenkur ist die anhaltend hitzige Debatte um die US-amerikanische Einwanderungspolitik, die das Land derzeit polarisiert wie kaum ein anderes Thema und sich hauptsächlich gegen den Zustrom von Hispanics, mexikanisch-stämmige Arbeiter, richtet. Die Vereinigten Staaten, so propagiert der KKK in Wurfzetteln und anderen rassistischen Pamphleten, würden vor einer „Invasion" durch nicht-weiße Immigranten stehen, welche amerikanische Traditionen und Lebensweise bedrohe. 35 Millionen Einwanderer leben augenblicklich in den USA, etwa 11 Millionen davon illegal. Der Klan besetzt darüber hinaus aber auch weitere sensible Themen wie die Homosexuellen-Ehe, Vorstadt-Kriminalität oder die Verteidigung christlicher Werte und macht sich dabei verbreitete Ängste innerhalb der US-Bevölkerung zu nutze. Wichtigstes Instrument zur Verbreitung der Botschaften ist wie in der gesamten rechtsextremen Szene mittlerweile das Internet.

Mit dem Fokus auf Immigration vollzieht der Klan eine Rückkehr zu den eigenen Wurzeln. In seiner Blütezeit in den 1920er Jahren mit 4,5 Millionen Mitgliedern richtete sich der Hass der nach Ende des US-amerikanischen Bürgerkrieges von Konföderations-Veteranen gegründeten Terrororganisation speziell auf katholische Einwanderer, die in großer Zahl aus Irland und Südeuropa in die USA kamen. Heute ist der extrem rassistische und antisemitische KKK Expertenschätzungen zufolge auf insgesamt 5000 bis 8000 Mitglieder oder Unterstützer zusammengeschrumpft, die in mehr als 150 voneinander unabhängigen Ortsgruppen, so genannten „Chapters" oder „Klaverns" organisiert sind. Während die Hochburgen der zersplitterten Bewegung traditionell in den Staaten des Südens und Mittleren Westens liegen, haben sich deren Aktivitäten in den letzten Jahren auch auf bislang verschonte US-Bundesstaaten ausgebreitet. Zu den wichtigsten Fraktionen zählen die „Imperial Klans of America" (IKA) aus Kenntucky, die „Knights of the Ku Klux Klan" aus Arkansas sowie die mittlerweile in Tennessee ansässige „Brotherhood of Klans" (BOK), die auch einen eigenen Internet-Radiosender („KKK Radio") betreiben.

Die Revitalisierung des KKK ist spätestens seit Ende der 1990er Jahre mit einer zunehmenden „Nazifizierung" der Mitgliedschaft verbunden. Vor allem die Anhänger jüngerer Klan-Gruppen haben die Subkultur rassistischer Skinheads und Neonazis, inklusive Ideologie, Kleidungsstil, Musik, Tätowierungen oder anderer Symbolik, adaptiert und sind auf Kundgebungen kaum mehr von diesen zu unterscheiden. Die verbreitet als Kompensationsritual ewiggestriger Fanatiker betrachteten Kreuzverbrennungen mit Roben und Masken werden längst nicht mehr überall praktiziert. Mit den IKA erklärte im Frühjahr 2006 erstmals eine Splitterfraktion des traditionell christlich verwurzelten KKK, künftig in bestimmten Fällen auch „Odinisten, Nationalsozialisten, Skinheads, Konföderierte ... oder andere Kämpfer für die gemeinsame Sache" aufzunehmen.

Ein weiterer Aspekt der veränderten Strategie ist die Verflechtung des KKK mit anderen Teilen der extremen Rechten. So kooperierten Klan-Gruppen in der Vergangenheit bei der Organisation regelmäßiger Anti-Einwanderungs-Demonstrationen beispielsweise häufig mit der „Nationalist Socialist Movement" (NSM), der größten Neonazi-Organisation der USA. Im März 2006 trafen sich in South Carolina Vertreter der Neonazi-Gruppen NSM und „Aryan Nations" mit Mitgliedern verschiedener KKK-Fraktionen, um weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten. Sechs Monate später lief dann der Anführer der „World Knights of the KKK" Gordon Young gemeinsam mit dem Großteil seiner Leute sogar zur NSM über und übernahm dort den Posten des lokalen Koordinators für den Bundesstaat Maryland. Allerdings wurde Young kurz darauf wegen Kindesmissbrauch verhaftet und verurteilt, woraufhin sich die Neonazi-Organisation genötigt sah, sich wieder von ihm zu distanzieren. *Michael Funk*

Verfassungsschutz

Ansteigende Gewalt

Der niedersächsische Innenminister warnt vor einem Erstarken der NPD – Neonazis wollen „Teil der bürgerlichen Gesellschaft“ sein.

Wer „ausländisch“ aussieht, hat in der niedersächsischen Provinz mancherorts auf Dorffesten ein Problem – in Dorste (Kreis Osterode) zum Beispiel. Weil mehreren Rechtsextremisten Anfang September vergangenen Jahres der Zugang zur Festhalle verwehrt wurde, drehten sie durch. Zunächst bepöbelten sie gezielt „ausländisch aussehende Personen“, wie es in der Verfassungsschutzprosa heißt, dann wurden sie handgreiflich. Unter lautem „Heil-Hitler“-Gegröhle und Darbietung des „Deutschen Grußes“ hetzten sie ihre Opfer durch den Ort und verprügelten sie. 19 Täter aus dem rechten Umfeld wurden festgenommen. Für zwei türkisch-stämmige Opfer hatte das Martyrium nach der Gewaltorgie kein Ende – sie wurden später telefonisch beleidigt und bedroht.

Diese skrupellose Gewaltausübung ist leider kein Einzelfall. Die Zahl der Körperverletzungen mit rechtsextremem Hintergrund hat sich im Beobachtungszeitraum von 96 (2005) auf 118 im Jahr 2006 erhöht. Zuzüglich Brandstiftungen, Landfriedensbrüchen, Erpressungen und Widerstandsdelikten wurden 138 Gewalttaten registriert (2005: 120). Zählt man Nötigungen, Propagandadelikte und Volksverhetzungen dazu, beträgt die Summe der Straftaten 1865 (2005: 1545). Dieser „unerfreuliche Anstieg“ geht laut Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) mit der Beobachtung einher, dass die Schwelle zur Gewaltausübung in der Gesellschaft allgemein sinkt. Dass gleichzeitig die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten von 930 auf 925 zurückgegangen ist, konterkariert diese erschreckenden Zahlen nicht.

Die Zahl neonazistischer Kameradschaften beziffert der Verfassungsschutz mit 20 und zählte im vergangenen Jahr mit 350 Neonazis 15 weniger als 2005. Kennzeichnend in diesen Kreisen sei „das Fehlen klar umrissener ideologischer und politischer Vorstellungen“. Aktivisten wie die „Snevern Jungs“ nehmen schon Mal am Heideblütenfest teil und verstünden sich als „Teil der bürgerlichen Gesellschaft“, meint der Verfassungsschutz. Aktive Kameradschaften gibt es vor allem in Celle (Kameradschaft 73), im Raum Wilhelmshaven/Wittmund/Friesland (Kameradschaft AG Wiking) und in Hildesheim. Dort treten die Aktivisten unter der in die Irre führenden Bezeichnung Bürgerinitiative für Zivilcourage (BfZ) auf und sind auf ihrer Internetseite nicht sofort als Rechtsextremisten auszumachen. Diesem Beispiel sind „Bürgerinitiativen“ in Celle, Wolfsburg und Schaumburg gefolgt. Als führender Kopf gilt Dieter Riefling, der für das Propaganda-Material zum Downloaden verantwortlich zeichnet.

Gern und zahlreich beteiligte sich die parteiungebundene Skinhead- und Kameradschaftsszene 2006 an Demonstrationen, die vom stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden Adolf Dammann (mit)organisiert wurden (unter anderem Stade, Göttingen und Verden). Zuletzt dürfte sich der Landesvorsitzende Ulrich Eigenfeld über den Zuwachs von 50 Mitgliedern auf jetzt 630 Parteibuchbesitzer und die Bildung des neuen Unterbezirks Wilhelmshaven gefreut haben. Der Innenminister warnt vor einem Erstarken der NPD im Blick auf die Landtagswahl im Januar: „Ich erwarte, dass sich die Aktivitäten auf die Landtagswahl 2008 konzentrieren werden.“ Die Rechten würden künftig verstärkt versuchen, Musik auf Schulhöfen zu verteilen, befürchtet Schünemann. Dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD im niedersächsischen Landtag ging Schünemanns Warnung nicht weit genug. Heiner Bartling bezeichnete die „teilweise Verharmlosung der rechtsextremen Szene“ als nicht hinnehmbar. Es wirke geschmacklos, wenn sich Schünemann damit rühme, dass die Zahl der NPD-Mitglieder in Niedersachsen nicht ganz so stark steige wie in manchen anderen Ländern. „Wer bei einer Veränderung der gewaltbereiten Rechtsextremisten um 0,5 Prozent von Rückgang spricht, macht sich ebenfalls der Schönfärberei verdächtig“, so Bartling.

Nichts Neues bei der DVU. Die aus München ferngesteuerte Deutsche Volksunion mit dem Statthalter Dieter Wiegräfe (Burgdorf) verlor auch in Niedersachsen reichlich Mitglieder und zählt jetzt 650 (2005: 730). Die Republikaner blieben mit 220 Mitgliedern auf tiefem Niveau konstant, beklagen aber den Rücktritt ihres Landesvorsitzenden Christian Perbandt im Februar 2007.

Volker Stahl

Flächendeckende Strukturen

Die NPD hat sich in Sachsen regional verfestigt.

Sachsens Verfassungsschutzbericht konstatiert, dass die NPD trotz ihrer Schwächung im Landtag, wo sie nach Abgängen und Austritten nur noch acht von einst zwölf Sitzen bekleidet, sich im Freistaat weiter etabliert hat, indem sie ihre flächendeckenden Strukturen hat ausbauen können. Die Partei verfügt nunmehr über 27 Kreisverbände und neun Stützpunkte der Jungen Nationaldemokraten (JN), der NPD-Jugendorganisation, die als Brücke zur Szene von Freien Nationalisten und Kameradschaften fungiert. Die regionale Verfestigung dürfte dabei im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2009 eher noch wachsen. Innerhalb der JN haben ehemalige Kräfte der verbotenen Organisation Skinheads Sächsische Schweiz führende Ämter übernommen. Die Partei widmet sich intensiver als zuvor sozialen Themen. Das Rekrutieren in der rechten Szene funktioniert über Freizeitaktivitäten, dazu gehören Sportevents, Wanderungen, Ausflüge oder Museumsbesuche

Von 3180 Personen mit rechtsextremer Gesinnung sind 1000 der NPD zuzurechnen. Die DVU-Zahl ist mit 150 rückläufig. Die Aktionen der Partei des Münchner Verlegers Gerhard Frey beschränken sich auf regionale Gesprächskreise. Die Republikaner spielen mit 30 Kräften faktisch keine Rolle mehr. Eine regionale Besonderheit gibt es in Dresden, wo alle genannten Kräfte samt Junger Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) in einem Bündnis zusammenarbeiten. Es gibt cirka 550 Neonazis, die ihren Bestand mehr als verdoppelt haben. Die suborientierte Szene, zu der auch die rechtsgerichteten Skinheads zählen, wird mit 1500 angegeben. Zunehmend wurde beobachtet, dass konspirativer operiert wird, etwa bei Demonstrationen, die nicht selten spontan zustande kamen und sich oft schnell wieder auflösten. Der Verfassungsschutz nennt 20 Bands aus der rechten Szene. Es gab im Vorjahr 47 Konzertereignisse, zu 80 Prozent in Lokalitäten, die sich im Besitz des rechtsextremen Spektrums befinden. Größter Aufmarsch mit überregionaler Bedeutung ist im Februar der Jahrestag der Dresden-Bombardierung 1945. Dazu wird von der JLO eingeladen.

Horst Freires

Demokratische Initiativen

Die NPD führt das Zepter

73 Seiten Aufklärung für Norddeutschland.

Die Europaparlamentarierin Angelika Beer von Bündnis 90/Grüne erlebt bis heute die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Strukturen in ihrer Heimatstadt Neumünster am Beispiel des „Club 88“ mit. Sie hat jetzt eine Informationsschrift unter dem Titel „Rechtsextremisten in Norddeutschland“ herausgegeben, Autor ist der Journalist Andreas Speit, der seit Jahren die Aktivitäten und Umtriebe von Rechtsextremisten unter die Lupe nimmt. Unter der Beobachtung, dass überregional wie kommunal Vernetzungen von Neonazis und deren Parteien fortschreiten, befasst sich die Lektüre anhand von Beispielen aus Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern mit dem Phänomen einer erstarkenden extremen Rechten, unabhängig davon, ob es sich bei den Wahlen niederschlägt oder nicht.

Speit skizziert die Machenschaften und Strategien von Rechtsextremisten, in die Mitte der Gesellschaft einzudringen und dort Fuß zu fassen. Dazu bedienen sich die „braunen Rattenfänger“ auch der Methode des Wolfes im Schafspelz und nehmen ein bürgerliches Antlitz an, verstecken sich hinter Bürgerinitiativen. Allen Bundesländern ist bei akzentuierten Unterschieden, wo gerade mehr Stimmung gegen Islamisten gemacht wird, wo die Musikszene stärker ausgeprägt ist oder wo sich Frauen in die rechte Bewegung einmischen, eines gleich: Die NPD führt das Zepter, stärkt dabei seit geraumer Zeit ihre Position und bedient sich der gedeihenden Zusammenarbeit mit freien Kameradschaften, die sich von dem radikaleren Kurs der Nationaldemokraten angesprochen fühlen.

Neben der regionalen Analyse findet der Autor Platz für Hintergrund und Trends. Angereichert wird das Werk mit Literaturhinweisen, Informationen zu Förderprogrammen und Links zu Organisationen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren.

Horst Freires

Das Heft ist kostenfrei zu beziehen im Berliner Büro von Angelika Beer (Rufnummer 030/22770021).

Nicht immun gegen Rechts

Politikwissenschaftler empfehlen zivilgesellschaftliches Engagement auch innerhalb der Gewerkschaften.

Gewerkschaften gelten in Deutschland als wichtiger Partner im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Deshalb war gerade bei aktiven Gewerkschaftern das Entsetzen über das Ergebnis einer Studie groß, in der festgestellt wurde, dass eine Gewerkschaftsmitgliedschaft keineswegs immun gegen rechte Propaganda macht. Für die Repräsentativbefragung wurden 2000 Gewerkschaftsmitglieder und ebenso viele nicht gewerkschaftlich Organisierte interviewt. Ergänzt wurde die Studie durch Gruppengespräche mit 58 Gewerkschaftsfunktionären. Die viel diskutierten Ergebnisse der Befragung ließen wenig Raum für Interpretationen. Danach sind Gewerkschaftsmitglieder ebenso anfällig für Rechtsextremismus wie die Gesamtbevölkerung. So war fast jeder Dritte der Meinung, dass es zu den Aufgaben der Gewerkschaften gehöre, Arbeitsplätze in erster Linie für Deutsche zu verteidigen.

Jetzt haben vier an der Studie beteiligte Politikwissenschafter und ein langjähriger Gewerkschaftsaktivist die Studie jenseits von medialer Aufgeregtheit analysiert und Gegenkonzepte vorgestellt. Die Autoren sehen in erster Linie in der schwindenden Deutungsmacht der Gewerkschaften den Grund für die Anfälligkeit der Mitglieder für rechte Denkmuster. So stoßen auch bei vielen Gewerkschaftsmitgliedern eher die populistischen Parolen der Boulevardmedien, als differenzierte Analysen der eigenen Presse auf offene Ohren. Schnell kann dann aus der gewerkschaftlichen Forderung nach einem Recht auf Arbeit das rassistische Statement „Arbeit zuerst für Deutsche“ werden.

Doch selbst gewerkschaftliche Sprecher und Medien sind vor strukturell rechter Populismen nicht gefeit, wie in dem Buch an mehreren Beispielen herausgearbeitet wird. So wurde beim Opelstreik im Jahr 2004 von manchen Gewerkschaftsaktivisten vor Fremdbestimmung des Unternehmens durch die USA gewarnt. Warum wurde statt dessen nicht zur Solidarität mit den entlassenen Opelarbeiter in den USA aufgerufen, wird in dem Buch gefragt. Auch das viel diskutierte Titelbild der Mitgliedszeitschrift „Metall“ aus dem Jahre 2004, auf dem US-Investoren als Heuschrecken mit Amihut dargestellt werden, wird im Buch als Beispiel für ein Einlassen auf strukturell rechte Erklärungsmuster von Seiten der Gewerkschaften herangezogen.

Doch die Autoren bleiben bei dieser scharfen Kritik nicht stehen. Sie formulieren Gegenkonzepte für die Gewerkschaftsarbeit. Als wichtigstes Gegenmittel gegen rechte Tendenzen wird in dem Buch zivilgesellschaftliches Engagement auch innerhalb der Gewerkschaften bezeichnet. Ziel gewerkschaftlicher Bildungsarbeit müsse es daher sein, die Mitglieder zu Eigeninitiative anzuregen. Wenn an der Basis eine Haltung vorherrsche, dass die Gewerkschaftsspitze schon alles regelt, sinke die Immunität gegen rechte Politikansätze, so die Autoren.

Nach Meinung der Politikwissenschaftler darf der Kampf gegen Rechts kein gewerkschaftliches Nischenthema sein. Es muss zum Querschnittthema werden, dass sämtliche Bereiche der Arbeitnehmerorganisation angeht. Als Vorbild wird das Gender-Mainstreaming genannt, mit dem das Thema Frauenförderung aus der Nischenrolle herauskam. Das IG-Bau-Projekt „Bau auf mich“, mit dem rechtem Gedankengut am Arbeitsplatz „auf allen Ansprechebenen von der Baustelle bis zur Berufsbildungseinrichtung“ entgegentreten werden soll, wird ebenfalls als positives Beispiel gewürdigt. Auch die von der Otto-Brenner-Stiftung seit mehreren Jahren angebotenen Seminare, die sich mit rassistischen Alltagssituationen am Arbeitsplatz auseinander setzen, gehören zu den gewerkschaftlichen Pluspunkten.

Zum Schluss kommen noch Gewerkschaftler zu Wort, die sich aktiv als Nazigegner betätigen. Der Fachbereichsleiter Handel im verdi-Landesbezirk Thüringen Angelo Lucifero steht wegen seines konsequenten Engagements seit Jahren im Visier der Neonazis, für den Junggewerkschaftler Florian Osuch gehören antifaschistische Arbeit und gewerkschaftliches Engagement zusammen.

Peter Nowak

Zeuner Bodo, Gester Jochen, Fichter Michael, Kreis Joachim, Stöss Richard, Gewerkschaften und Rechtsextremismus, Münster 2007, Verlag Westfälisches Dampfboot (einsprüche Band 19), 143 Seiten, 14,90 €.

Blick in die Zeitgeschichte

Der „Generalplan Ost"

Das NS-Regime wollte die osteuropäische Bevölkerung in gigantischem Umfang vertreiben.

Auf der Suche nach Daten für zeitgeschichtliche Rückblicke erweist sich das Jahr 1942 als besonders ergiebig. Mindestens zwei Dutzend Ereignisse sind es wert, in Erinnerung gerufen zu werden. Um nur einige zu nennen: die Wannseekonferenz, der Beginn der Gasmorde im Vernichtungslager Belzec, die „Aktion Reinhard", der Anschlag auf Reinhard Heydrich, die Deportationen aus dem Ghetto Warschau, die Landung der Alliierten in Nordafrika und nicht zuletzt der „Generalplan Ost" – wahrscheinlich der am weitesten reichende Plan des NS-Regimes für die „Neuordnung" Europas nach Hitlers „Endsieg". Dieser Plan stammte von dem SS-Oberführer Konrad Meyer-Hetling aus dem SS-Reichssicherheitshauptamt (RSHA). Er wurde dem Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, am 12. Juni 1942 persönlich vorgelegt und von ihm gebilligt. Himmler war zuständig, weil zu seinen Ämtern die „Festigung des Deutschtums im Osten" gehörte.

Im Sommer 1942 schien das Deutsche Reich unschlagbar zu sein. Die Wehrmacht näherte sich Moskau, Rommel siegte in Nordafrika, in den besetzten Staaten Westeuropas wuchs die Bereitschaft zur Kooperation – die Reichsbehörden und NS-Organisationen konnten ungestört und langfristig planen. Dazu gehörten gewaltige Vertreibungen und die Ansiedlung von Millionen Deutschen in den eroberten osteuropäischen Territorien. Innerhalb von zehn Jahren nach dem „Endsieg" sollten vier Millionen Deutsche in Osteuropa eine neue Bleibe erhalten, nach 20 Jahren wollte Himmler zehn Millionen Deutsche dorthin schicken: nach Polen, in die drei baltischen Staaten, nach Weißrussland, in drei riesige Bezirke der Ukraine, nach Leningrad, auf die Krim und an die Ufer des Flusses Dnjepr. Dort lebten groben Schätzungen zufolge 45 Millionen Menschen, darunter fünf bis sechs Millionen Juden. Experten aus dem RSHA hatten 31 der 45 Millionen Kinder, Frauen und Männer als „rassisch unerwünscht" eingestuft und vorgeschlagen, sie nach Westsibirien zu vertreiben. Mindestens 80 Prozent der Polen, 64 Prozent der Westukrainer und 75 Prozent der Weißrussen sollten „umgesiedelt" werden. Die Verbliebenen wollte man „germanisieren" oder beseitigen, also verhungern lassen beziehungsweise ermorden. Meyer-Hertling schätzte die Kosten der millionenfachen Vertreibung und die Ansiedlung der Deutschen auf 45,7 Mrd. Reichsmark. Den Hauptanteil wollten die SS und andere beteiligte Organisationen aus den besetzten Ländern durch Sondersteuern und über Kredite holen.

Das vorgesehene Besiedlungsgebiet umfasste 700 000 Quadratkilometer und war wesentlich größer als das Gebiet des Deutschen Reiches mit 583 000 qkm. Einen so gigantischen Umsiedlungs- und Vertreibungsplan hatte es vorher nicht gegeben – er übertraf um ein Vielfaches die gesamten Vertreibungen nach dem Zweiten Weltkrieg.

Dass es sich keineswegs um reine Planungen handelte, bekamen Polen und Deutsche aus Litauen noch während des Krieges zu spüren. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939 hatte Berlin die Deutschen aus den drei baltischen Staaten ausgesiedelt und ins Deutsche Reich geholt. Nun, nach den gewaltigen Eroberungen in der UdSSR und der Besetzung des „Baltikums", mussten um die 30 000 von dort stammende Deutsche sich in Südwestlitauen niederlassen. Etwa zeitgleich verjagten deutsche Beamte alle Polen aus ihrer Heimat im südostpolnischen Bezirk Lublin, um dort die Ansiedlung Deutscher vorzubereiten. Die Polen mussten ihre Häuser verlassen und wurden nach Norden in Marsch gesetzt. Vor den deutschen Siedlern sollten alle Städte und Dörfer umgestaltet und deutschen Ansprüchen gerecht umgestaltet werden. Das galt auch für das gesamte System der Versorgungsleitungen.

Die Arbeiten gingen auch nach der deutschen Niederlage bei Stalingrad im Winter 1942/43 weiter, obwohl SS-Chef Heinrich Himmler nun keinerlei Interesse mehr am „Generalplan Ost" hatte. Nachdem Propagandaminister Joseph Goebbels Anfang 1943 im Berliner Sportpalast den „Totalen Krieg" ausgerufen hatte, mussten auf Befehl Hitlers alle Planungen auf die Zeit nach dem Krieg verschoben werden. Der „Generalplan Ost" zeigt, dass es neben der „Endlösung der Judenfrage" zumindest einen weiteren mörderischen Plan gab, der zwar nicht die Ermordung, aber doch die Vertreibung ganzer Völker Osteuropas vorsah.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Völkisches Pfingstlager

Eschede – Die Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) führte ihr Pfingstlager Ende Mai mit etwa 200 Teilnehmern auf dem Gelände des NPD-Mannes Joachim Nahtz in Eschede bei Celle durch. Ursprünglich sollte das Lager im hessischen Hofgeismar stattfinden, doch einem Bericht der „Celleschen Zeitung" zufolge, kündigte der Verpächter der HDJ nach Gesprächen mit der Polizei. Nur rund 20 Kilometer vom ehemaligen Neonazi-Zentrum Hetendorf in der Lüneburger Heide entfernt, schlugen die Neonazis mit Kindern und Jugendlichen ihre weißen Jurten auf, unter ihnen waren der HDJ-Bundesführer und ehemalige sächsische Wiking-Jugend-Gauführer Sebastian Räbiger, sowie die ehemaligen Wiking-Jugend-Funktionäre Manfred Börm und Gerd Ulrich. Auch die HDJ-„Einheiten" Franken und Hessen waren vertreten, sowie die „Einheiten" „Preußen" und „Mecklenburg-Pommern", neben anderen durch Jörg Hähnel, Michael Gielnik, Frank Klawitter und Torgej Klingbiel. Am Samstag wurde ähnlich den „Germanischen Sechskämpfen" in Hetendorf Sperrwurf geübt, am Sonntag gab es Volkstanz und Singen. „Es ging aber auch militärisch zu", bestätigte einer der anwesenden Polizeibeamten, obwohl das Tragen der uniformähnlichen HDJ-Kluft untersagt worden war. So traten Jugendliche zum Fahnenappell an und laute Befehle waren zu hören. Mitglieder des NPD-Ordnerdienstes kontrollierten mit Funkgeräten auf dem Gelände, unter ihnen war auch Christian Fischer, NPD-„Stützpunktleiter" aus Vechta. Gegen ihn wird zur Zeit nach einer Razzia wegen „Bildung einer bewaffneten Gruppe" ermittelt. Er hatte gemeinsam mit 25 anderen Neonazis im August letzten Jahres ein paramilitärisches Camp an der deutsch-holländischen Grenze durchgeführt. (ar)

Familienfete der NPD

München – Am 16. Juni veranstaltet der NPD-Landesverband Bayern an einem bislang unbekannten Ort zum zweiten Mal einen „Bayerntag". Bei der Festveranstaltung sollen als Redner die stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Holger Apfel und Sascha Roßmüller, Ralf Ollert, NPD-Landesvorsitzender Bayern und Stefan Rochow, Bundesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN), auftreten. Für den musikalischen Teil sind unter anderem der wegen Volksverhetzung vorbestrafte Liedermacher Frank Rennicke, eine fränkische Blaskapelle und Ferox aus Schweden vorgesehen. Für die „kleinen Gäste" steht eine Kinderhüpfburg zur Verfügung. Daneben ist das Kommen einer Märchenhexe angekündigt. Am ersten „Bayerntag" am 17. Juni 2006 nahmen rund 600 Personen teil. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de